

Für das Oldenburger Münsterland in Berlin.

Franz-Josef Holzenkamp MdB

BERLINER BLICK

März 2016

Ausgabe 03/16



BERLIN: Bundesverkehrswegeplan stellt die Weichen für den Infrastrukturausbau bis 2030.

Wichtig für den Wirtschaftsstandort **Oldenburger Münsterland** sind die zentralen Infrastrukturprojekte, wie der Ausbau der A1 und der E233. Diese beiden Projekte finden sich im vordringlichen Bedarf wieder.

Neu an der Erstellung des Bundesverkehrswegeplanes ist die Öffentlichkeitsbeteiligung: Seit dem 21. März kann sich nicht nur jeder Bürger über **alle Projekte, Straßen-, Schienen- oder Wasserbau** informieren, sondern auch bis zum 2. Mai **eine Stellungnahme** über den verkehrlichen Bedarf abgeben.“

Wie geht es weiter? Nach der Auswertung folgt ein Kabinettsbeschluss, so dass dann im Verkehrsausschuss die Ausbaugesetze und Bedarfspläne noch einmal genau angeschaut werden. Hierbei kann es durchaus noch zu Änderungen bei den einzelnen Projekten kommen.



BERLIN: Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft

Im Juni läuft die europaweite Zulassung aus. Die Europäische Kommission hat eine Verlängerung von 15 Jahren vorgeschlagen. In dem zuständigen Fachausschuss gab es im März keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen diese Entscheidung. Deshalb erarbeitet die EU-Kommission gegenwärtig einen neuen Vorschlag und hat die Entscheidung bis Mai vertragen.

Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln unterliegt, in Deutschland und der EU, strengsten Auflagen. Während des Zulassungsverfahrens werden sie hinsichtlich ihres Risikos für Mensch und Umwelt geprüft.

Glyphosat ist einer der am intensivsten untersuchten Wirkstoffe weltweit. Dem **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) liegen über 1.000 und der europäischen EFSA-Behörde über 2.000 Studien vor.

Solange die Bewertungsbehörden zu dem Schluss kommen, dass bei der sachgerechten Anwendung keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht und die geltenden strengen Auflagen befolgt werden, sehe ich keinen Anlass diese Einordnung in Frage zu stellen. Politische Entscheidungen werden ansonsten beliebig.

Aktuelles

18.03.2016

1. Lesung Pflegeberufereformgesetz

Wir benötigen dringend ausreichend und gut ausgebildete Fachkräfte für den steigenden Bedarf. Deshalb müssen die Pflegeberufe attraktiver werden. Die Diskussion darüber, wie das am besten gelingen kann, wird bereits äußerst kritisch und intensiv geführt.

Kräftige Rentenerhöhung

Ab dem 1. Juli 2016 erhalten 20 Millionen Rentner 4,25 Prozent (5,95 Prozent im Osten) mehr Rente.

Dieser deutliche Rentenanstieg ist das Resultat der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der Lohnsteigerungen bei den Arbeitnehmern.

Weitere Informationen unter:
www.fj-holzenkamp.de

